

KOALITIONSVERTRAG



„Die Richtung stimmt, aber die Zeit drängt!“

- Bildungsstätte Anne Frank begrüßt die Absicht der neuen Regierung, die staatliche Finanzierung von politischen Stiftungen gesetzlich zu regeln und auf die Grundlage von Demokratie und Menschenrechten zu stellen
- Formulierungen zur Umsetzung aber noch viel zu unkonkret – dabei droht jetzt die Gefahr einer staatlichen Finanzierung der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung
- Bildungsstätte Anne Frank mahnt zur Eile und betont Notwendigkeit eines echten Stiftungsgesetzes, um die staatlich finanzierte Verbreitung demokratiefeindlicher Positionen endgültig zu unterbinden

Die neue Regierungskoalition aus SPD, Grünen und FDP hat in Teilen auf die eindringlichen Warnungen von Seiten der Zivilgesellschaft reagiert: In ihrem Koalitionsvertrag erkennt sie an, dass die pluralistische, freiheitliche Demokratie unter Druck steht, mit dem Demokratiefördergesetz ermöglicht sie endlich eine langfristige Verstetigung der Bildungs- und Präventionsarbeit im Feld Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit – und sie setzt erste Signale für eine gesetzliche Regelung der politischen Stiftungen. Wie diese aber konkret aussehen soll und wann eine verbindliche politische Regelung zu erwarten ist, steht allerdings nicht im Koalitionsvertrag. Damit drohen die baldige staatliche Förderung der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung mit Millionen an Steuergeldern und die Verbreitung ihrer demokratiefeindlichen Positionen.

Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, kommentiert den neuen Koalitionsvertrag so: „Die einzige Möglichkeit, mit der wir wirksam die Demokratie-Tauglichkeit parteinaher Stiftungen garantieren können, ist und bleibt ein Stiftungsgesetz. Die neue Regierungskoalition lässt nach ihrer korrekten Analyse und der Formulierung guter Absichten leider keine konkreten Ansätze für Maßnahmen erkennen. Wenn sie den Kampf gegen Rechts effektiv angehen will, muss sie eines unserer drängendsten Probleme auf diesem Gebiet bearbeiten – nämlich die Tatsache, dass aufgrund fehlender gesetzlicher Regelungen bald Steuergelder in Millionenhöhe für die AfD und ihre Desiderius-Erasmus-Stiftung fließen. Die Aktivitäten der Erasmus-Stiftung bedeuten eine konkrete Gefahr für das Leben derjenigen Menschen, die nicht in das Gesellschaftsbild der Neuen Rechten passen. Die Zeit drängt enorm.“

Die Förderung parteinaher Stiftungen in Deutschland ist seit Jahrzehnten gesetzlich nicht geregelt. In der Vergangenheit hat der Haushaltsausschuss des Bundestags ihnen jährlich pauschal einen dreistelligen Millionenbetrag bewilligt, ohne weitere inhaltliche Prüfung. Bislang kamen gewohnheitsmäßig diejenigen Stiftungen in den Genuss einer Finanzierung, deren Partei zum zweiten Mal in den Bundestag einzog. Das trifft nun zum ersten Mal auch auf die AfD zu. Die Stiftung einer Partei, die aktiv die Gesellschaft auseinandertreibt, die in Teilen vom Verfassungsschutz beobachtet wird, würde ohne Ansehen ihres Programms mit Staatsmitteln alimentiert werden. Dem steht die eigentliche Aufgabe der parteinahen Parteien-Stiftungen diametral entgegen – sollen sie mit ihrer Arbeit doch die aktive demokratische Auseinandersetzung lebendig halten, für gesellschaftliche Vielfalt sorgen und Extremismus verhindern.

Die Bildungsstätte Anne Frank hatte bereits seit mehr als drei Jahren zusammen mit vielen Partnerorganisationen der Zivilgesellschaft und mit zahlreichen Aktivitäten auf diese Problematik aufmerksam gemacht.

Meron Mendel: „All die Jahre kam aus der Politik die Ansage, es bestehe kein Anlass zum Handeln und außerdem keine Handhabe. Wir haben allerdings gezeigt, dass sehr es sehr wohl möglich ist, die Finanzierung undemokratischer Stiftungen zu unterbinden. Wir bestehen darauf, dass die schwammigen Absichtserklärungen nun sehr schnell in verbindliche gesetzliche Regelungen – einem Stiftungsfinanzierungsgesetz – münden. Sonst kommen wir in die absurde Situation, dass der Staat künftig Bildungseinrichtungen, die sich für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit engagieren, mit dem Demokratiefördergesetz langfristig fördert – und gleichzeitig öffentliche Gelder an eine politische Stiftung mit antidemokratischen und menschenfeindlichen Programm vergibt, die genau diese Arbeit langfristig unterwandern will.“

Wir werden die politischen Aktivitäten in diesem Bereich aufmerksam verfolgen und begleiten.“

Weitere Informationen

Die Bildungsstätte Anne Frank beobachtet die Aktivitäten der Erasmus-Stiftung und ihres Führungspersonals seit 2018 und klärt seit Ende 2020 im Rahmen der Kampagnen „Vorsicht vor dem Stiftungstrick“ und „Kein Geld für die AfD“ über die AfD-Stiftung auf.

Die Anfang September gestartete Website www.kein-geld-fuer-die-afd.de bietet – neben vielen Informationen zum Thema – Unterstützung dabei, ausgewählte Politiker*innen anzuschreiben und sie dazu aufzufordern, dass sie die Finanzierung aus Steuergeldern verhindern müssen. Die Aktion stieß auf großen Anklang – 40.000 Emails waren in den ersten Tagen an Politiker*innen und Abgeordnete verschickt worden; innerhalb weniger Tage war dann auch der Server unter der Belastung zusammengebrochen.

Prominente Künstler*innen, Organisationen und Influencer*innen wie Marc-Uwe Kling und das Känguru, Comic-Zeichner Ralf Ruthe, der Autor Max Czollek oder der Comedian Jan Böhmermann warnen vor der DES.



zdf Magazin Royal, 8.10.2021

DIE KÄNGURU-COMICS



06.09.2021, erschienen bei Twitter @realMarcUwe

Im Juni hatte die Bildungsstätte Anne Frank ein Bündnis zahlreicher **Organisationen der Zivilgesellschaft** initiiert, das in einem „**Manifest für die politische Bildung**“ vor der Desiderius-Erasmus-Stiftung warnt und die Fraktionen im deutschen Bundestag dazu auffordert, ein Demokratiefördergesetz auf den Weg bringen, das u.a. den Ausschluss von Verfassungsfeinden von der öffentlichen Förderung sicherstellt.

Erstunterzeichnende: Amadeu Antonio Stiftung, Bildungsstätte Anne Frank, Campact e.V., Deutscher Gewerkschaftsbund, Fridays for Future, Gesicht Zeigen, Katholische Akademie Rabanus Maurus, medico international, Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e.V., Pro Asyl, Stiftung Topographie des Terrors, die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sowie

der Zentralrat der Juden in Deutschland.

www.stiftungstrick-der-afd.com/manifest-der-zivilgesellschaftlichen-organisationen/

Zusammen mit dem ehem. MdB Volker Beck hat die Bildungsstätte am 21. April ein Eckpunktepapier für ein ‚Wehrhafte-Demokratie-Gesetz‘ vorgestellt: Das Papier argumentiert, dass und wie die politische Bildung auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden kann – eine Art **Demokratie-TÜV für politische Stiftungen**

www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Pressemitteilungen/2021-PMs/Pressekit_Demokratie-TÜV.pdf

Im Kampagnenvideo „Vorsicht vor dem Stiftungstrick“ warnen Persönlichkeiten aus Politik, Zivilgesellschaft und Kultur vor der DES – u.a. der ehem. CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz, die ehemalige **Sea-Watch-Kapitänin Carola Rackete**, der **Kabarettist Max Uthoff** (Die Anstalt), die deutsch-französische Journalistin **Beate Klarsfeld** und **Christoph Lübcke**, Sohn des ermordeten CDU-Politikers vor der DES.

www.stiftungstrick-der-afd.com
www.youtube.com/c/BildungsstätteAnneFrank

2018 initiiert die Bildungsstätte einen Offenen Brief namhafter Wissenschaftler*innen und Expert*innen im Feld der historisch-politischen Bildung an Bundesinnenminister Horst Seehofer unter dem Stichwort **„Kein Geld für Geschichtsrevisionismus“** und warnt als erste Akteurin öffentlich vor der Gefahr durch die öffentliche Förderung der Desiderius-Erasmus-Stiftung

<https://www.openpetition.de/petition/online/keine-steuergelder-fuer-geschichtsrevisionismus>

Bildungsstätte Anne Frank – Zentrum für politische Bildung & Beratung

Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen mit Standorten in Frankfurt/Main und Kassel entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken.

Als Teil des Kompetenznetzwerk Antisemitismus (Kompas) gehört die Bildungsstätte Anne Frank zu den fünf bundesweit tätigen Organisationen mit langjähriger Erfahrung in der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritische Bildungsarbeit und der Beratung von Betroffenen sowie der Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle.

Die Bildungsstätte Anne Frank vernetzt verschiedene Gruppen und Communities und bringt sie miteinander ins Gespräch – im Rahmen von wechselnden Sonderausstellungen, öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Konferenzen und Fachtagen.

Lehrkräfte und Pädagog*innen erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen. Zwei hessische Beratungsstellen sind in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelt: response unterstützt Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, das ADiBe-Netzwerk berät Menschen, die Diskriminierung erfahren haben. Auf dem Meldeportal hessenschauthin.de können rechte und rassistische Vorfälle gemeldet werden.

#KeinGeldFürDieAfd

#NoAfDStiftung

Eva Berendsen

Ansprechpartnerin für
die Presse

T. (+49)69 560 00 - 232
M. eberendsen@bs-anne-frank.de
→ bs-anne-frank.de

Hansaallee 150 |
60320 Frankfurt am Main